

Rund 100 Höhergruppierungen möglich

GdP diskutiert mit LPP Norbert Nedela über die Zukunft der Wachpolizei

„Erfolge fallen nicht vom Himmel, dafür muss man streiten“, rief Jörg Bruchmüller, Landesvorsitzender der GdP Hessen, den fast 100 Wachpolizist/innen (WaPo) zu, der zur GdP-Veranstaltung „Zukunft der Wachpolizei“ ins Polizeipräsidium Mittelhessen nach Gießen gekommen waren. Es war die vierte Veranstaltung dieser Art, seit die Wachpolizei vor neun Jahren eingeführt worden ist.

Bruchmüller, der Polizeipräsident Manfred Schweizer (Ich bin dankbar, dass es die Wachpolizei gibt) als Hausherrn und GdP-Mitglied begrüßte, machte deutlich, dass die Wachpolizei auch in der GdP angekommen sei. Die GdP sei eine Gewerkschaft für alle Beschäftigten, Beamte/innen und Tarifbeschäftigte, Schutz- und Kriminalpolizei.

Die WaPo sei ein Erfolgsmodell in blauer Polizeiuniform, die immer mehr gefahren-geneigte Tätigkeiten übernehme. Die Bevölkerung unterscheide nicht zwischen Polizei und WaPo. Dass auch ein Wachpolizist bei der Absicherung einer Unfallstelle zu Tode kommen könne, habe man jüngst schmerzlich erfahren müssen bei dem 31jährigen Kollegen Michael Roque. Alle Teilnehmer/innen gedachten des getöteten Kollegen mit einer Schweigeminute.

Perspektiven für die Wachpolizei erarbeiten

Dass die WaPo jetzt relativ gut abgesichert sei, sei auch ein Erfolg der GdP, erinnerte Jörg Bruchmüller. Sie sei nach einer solchen Veranstaltung wie heute zustande gekommen. Jetzt sei es an der Zeit, der WaPo eine Perspektive aufzuzeigen, eine Höhergruppierung von BAT VIb in BAT Vc. Hieran werde bei den weiteren anstehenden Tarifverhandlungen gearbeitet, machte die GdP-Tarifexpertin Erika Büttner deutlich. Erreicht habe man schon, dass Tarifbeschäftigte im Schichtdienst nur 38,5 Stunden arbeiten müssten. Für Polizist/innen gebe es das nicht, weil die Landesregierung es nicht wolle. (Mittlerweile gibt es die Möglichkeit einer Lebensarbeitszeitgutschrift). Auch eine positive Feiertagsregelung sei erreicht worden. Es gebe eine rückwirkende Zeitgutschrift.

Man habe für die WaPo zwölf Aufgaben festgelegt, analog dem Katalog für die Hilfspolizei. Es sei aber nicht möglich, alle diese Tätigkeiten mit der schlechter bezahlten Einstufung nach BAT VIb in Einklang zu bringen. Das gehe nur über eine Entgeltordnung, über die jetzt verhandelt werde, wo es bisher aber wenig Entgegenkommen der Arbeitgeberseite gegeben habe. Hilfreich seien hier Arbeitsplatzbeschreibungen der einzelnen Wachpolizist/innen. Da müsse dann auch über eine weitere Verbesserung der Versorgung gesprochen werden. „Das erscheint alles einfach, ist im Detail aber kompliziert“, erklärte Erika Büttner.

Politik will am Angestelltenstatus der WaPo nichts ändern

Landespolizeipräsident Norbert Nedela, Hauptredner dieser Veranstaltung, verwies darauf, dass man komplizierte Dinge auch vereinfacht sehen könne. Die vorangegangene Veranstaltung der GdP mit der WaPo (2006) habe dazu geführt, dass es Verbesserungen in der Unfallfürsorge gegeben habe. Das zeige, dass das Landespolizeipräsidium den richtigen Weg eingeschlagen habe, auch wenn weitere Verbesserungen notwendig seien. Stefanie Soutchek, Leiterin der Abt. III im LPP und Fachfrau für Personalfragen, musste in der späteren Diskussion erklären, warum man den Unfallschutz nur „analog“ dem der Polizeibeamt/innen umsetzen könne.

Norbert Nedela versicherte aber glaubhaft, dass sein Haus alles möglich mache, was gesetzlich erlaubt sei. Das Erreichen einer besseren Versorgung sei eine Sternstunde gewesen, bilanzierte er. „Vielleicht erleben wir heute bei dieser Veranstaltung wieder eine Sternstunde, wenn es um Besoldung, Versorgung und Arbeitssituation geht“, machte er den Teilnehmer/innen Hoffnung. Von einst 110 Wachpolizist(innen) sei man bei 380 angekommen und es könnten 150 mehr werden nach Verabschiedung des Haushalts 2009. Eingestellt worden seien sie allerdings als Angestellte für Aufgaben ohne hohe Eigengefährdung. Daran wolle die Politik auch nichts ändern, unterband er eine Diskussion in Richtung Verbeamtung und mittlerer Dienst.

Bekanntnis zur zweigeteilten Laufbahn

Die WaPo sei Teil der hessischen Sicherheitsarchitektur, heute mit breit gefächertem Tätigkeitsfeld und breit gefächelter Verantwortung, gut ausgebildet und ausgerüstet aber mit Aufgaben, die kein dreijähriges Studium erforderten. Hessen habe als einziges Bundesland die zweigeteilte Laufbahn komplett umgesetzt und daran solle sich auch nichts ändern.

Norbert Nedela bedankte sich bei der WaPo für die geleistete Arbeit, die Schupo und Kripo entlaste und die dazu beitrage, das subjektive und objektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen. Das LPP prüfe, auch mit Rückendeckung des Ministers, wo trotz schwieriger wirtschaftlicher Situation Optimierungen vorgenommen werden könnten, versprach er. Die Polizei sei das einzige Ressort in Hessen, das in den vergangenen zehn Jahren zugelegt habe (Haushaltsvolumen von 733 Mio auf 1,1 Mia Euro gestiegen). Sicherheit sei wichtig, müsse aber bezahlbar bleiben, warb er um Verständnis, dass nicht alles auf einmal verbessert werden könne. Verbesserungen gingen immer zu Lasten anderer Ressorts und da schaffe man sich keine Freunde. Es sei Kreativität gefragt, um mehr zu erreichen.

Rund 100 Höhergruppierungen nach BAT Vc in Aussicht gestellt

Fast untergegangen wäre die frohe Botschaft, die der Landespolizeipräsident in seiner Rede verpackt hatte. In seinem Hause werde geprüft, wie man Höhergruppierungen der WaPo nach BAT Vc erreichen könne. Es gebe allerdings bei den Tätigkeitsmerkmalen im BAT nur unbestimmte Rechtsbegriffe, die der Auslegung bedürften, dämpfte er zunächst die Erwartungen. „Das Berufsbild „Wachpolizei“ gibt es im BAT nicht“, zeigte er auf, wo das Problem liegt. Vielseitige Fachkenntnisse und gewisse selbstständige Tätigkeiten seien für eine Höhergruppierung erforderlich. Um hier voranzukommen, habe das LPP die Entscheidung über Eingruppierungen zu den Flächenpräsidien verlagert. Dort könne individuell und flexibel gehandelt werden, weil dort pragmatisch und praxisbezogen gedacht werde. Die dort getroffenen Entscheidungen würden vom LPP wohlwollend begleitet.

Die Idee eines Bewährungsaufstiegs habe man fallen lassen müssen. Das sei bei BAT VIb nicht vorgesehen. Jetzt werde geprüft, wie durch weitere zusätzliche Aufgaben die Tätigkeitsmerkmale „eigenständige Leistung“ erhöht werden könnten, deutete der LPP eine Lösung an.

Tatortarbeit mit Spurensicherung und Spurenauswertung sei eine solche Möglichkeit. Das sehe man bei den nach BAT Vc bezahlten Kriminaltechnischen Angestellten (KTA). Dazu sei eine weitere Fortbildung notwendig. Die Qualität der Tatortarbeit solle verbessert werden, um mehr Täter überführen zu können. Eine solche Qualitäts offensive eröffne Perspektiven für die WaPo.

Als weitere Tätigkeitsfelder nannte er die Verkehrsüberwachung, die Asservatenverwaltung und die Dokumentenprüfung. Mit einer Qualitätsverbesserung könne auch

hier der Umfang der selbstständigen Tätigkeit erhöht werden. Man sei auf einem guten Weg. Auch andere Aufgabenfelder würden geprüft. Die Verwaltungsvorschrift zur WaPo sei geändert worden, liege dem HMdl vor. Es gebe aber noch einen Haushaltsvorbehalt für 2009 und 2010.

Erst hier ließ Norbert Nedela die Katze aus dem Sack.

„Ich hoffe auf Höhergruppierungsmöglichkeiten im hohen zweistelligen Bereich, vielleicht schaffen wir die Dreistelligkeit.“

Man habe mit der GdP besprochen, hier möglichst weit voranzukommen. Die WaPo sei integrierter Bestandteil der Polizei und aus ihr nicht mehr wegzudenken. Da sei er sich mit dem GdP-Vorsitzenden einig.

Die Tür könnte noch weiter aufgestoßen werden

Jörg Bruchmüller griff den Ball auf, sprach von einem weiteren Meilenstein von rund 25 Prozent Höhergruppierungen für die WaPo. Er dankte dem LPP für die „Initialzündung“, machte aber auch deutlich, „dass die Tür noch weiter aufgestoßen werden könnte angesichts der breiten Palette möglicher Tätigkeiten“. Höhergruppierungen seien ein Zeichen der Wertschätzung für die WaPo und geeignet, mehr Berufszufriedenheit zu erreichen.

Lebhafte Diskussion

In der anschließenden lebhaften Diskussion ging es in erster Linie um eine verbesserte Unfallversorgung. Harald Nau, PR-Mitglied der GdP in Mittelhessen, machte am Beispiel einer Jahrmarktsschlägerei, wo ein Schupo und ein WaPo verletzt worden seien, den Unterschied deutlich. Bei längerer Krankheit entstünde dem WaPo, im Gegensatz zum Schupo, unter Umständen ein Gehaltsverlust von rund 500 Euro monatlich. Stefanie Soutchek versuchte es damit zu erklären, dass die WaPo nur einen ganz normalen Angestelltenstatus habe. Das könne auf die Dauer aber nicht gehen, empörte sich Jörg Bruchmüller. Die WaPo sitze nicht am Schreibtisch, sie sei draußen auf der Straße und trage ihre Haut zum Markte.

Norbert Nedela versprach, eine analoge Anwendung zu prüfen, verwies aber auch auf Lösungsmöglichkeiten im Rahmen der anstehenden Tarifverhandlungen und auf die Beratungen zur Dienstrechtsreform. Hessen habe im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten bisher immer großzügig entschieden. Es gehe nicht darum, einen Euro zu sparen, versicherte er. Hier würden keine Gegensätze aufgebaut. Es würden Mittel und Wege gesucht, betroffenen Kolleg/innen zu helfen.

Der LPP versprach auch, über diese Veranstaltung hinaus (sie sollte jedes Jahr einmal stattfinden), den Dialog mit der WaPo. Alle dürften ihm ihre Vorstellungen von Veränderungen mailen. Alle bekämen eine angemessene Antwort. Jörg Bruchmüller erklärte dazu, dass Harald Nau bereits ein vierseitiges Papier mit Verbesserungsvorschlägen erarbeitet habe.

Eine Absage aus juristischen Gründen erteilte Nedela einer „Polizeizulage“ für die WaPo. Fast alle Bundesländer hätten mittlerweile in allen Berufszweigen die Zulagen eingedampft.

Versetzungsmöglichkeiten durch Vorschaltzuschreibungen

„Von Lob alleine kann ich keine Familie ernähren“, meinte ein Redner unter dem Beifall seiner Kolleg/innen und fragte, wieso Kommunen Hipos nach BAT Vc bezahlen könnten und das Land nicht. Die Antwort stellte ihn nicht zufrieden, Jörg Bruchmüller

versprach aber, dass man dieses Thema bei den anstehenden Verhandlungen im Auge behalten wolle. Die Wertschätzung des Berufs erfolge auch über Geld.

Gefragt wurde auch nach Lebensaltersstufen und der Anwendung von IZEMA (wird als nachteilig von der WaPo abgelehnt). Mathias Schack, PR-Mitglied der GdP im Offenbacher Personalrat, fragte nach Versetzungsmöglichkeiten bei künftigen Neueinstellungen. Hier sagte der LPP Vorschaltausschreibungen zu, wie bei der Polizei auch. Das müsse aber mit den Personalräten und der Behördenleitung geregelt werden.

Breiten Raum nahm auch die Diskussion „Rente mit 67“ ein. Wenn es bei „Justizvollzugsangestellten“ eine Sonderregelung gebe, könne man das doch auch für die WaPo als „Polizeivollzugsangestellte“ machen. Es könne nicht angehen, dass diese Kolleg/innen noch mit 67 Jahren im Streifenwagen säßen. Das werde sicher nicht der Fall sein, schaltete sich LtPD Hellmut Lohse (LPP I) ein. Da werde man eine Lösung finden, wie bei eingeschränkt dienstfähigen Polizeibeamt/innen auch.

GdP bleibt am Ball

„In der heutigen Zeit eine solche Tür aufzumachen ist nicht selbstverständlich“, bedankte sich Jörg Bruchmüller in seinem Schlusswort noch einmal für die angekündigten Höhergruppierungsmöglichkeiten, auch wenn das in der Diskussion wegen angestautem Frust etwas untergegangen sei. Der WaPo versprach er, dass die GdP für weitere Verbesserungen kämpfen werde. „Die GdP bleibt am Ball“.